55. Jahrgang. № 270. Freitag, 29. September 1911.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.

Bezugsgebühr vierteljährl. für Dresden bei täglich zweimaliger Zutragung an Sonn- und Montagen nur einmal 2,50 Mk., durch auswärtige Kommissionäre 3,60 Mk. Bei einmaliger Zustellung durch die Post (ohne Bestellgeld), für den Bezirk von Dresden u. Umgebung am Tage vorher zugehendes Abend-Ausgaben erhalten die auswärtigen Bezieher mit der Morgen-Ausgabe gleichzeitig zugestellt. Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdn. Nachr.") zulässig. — Unverlangte Manuskripte werden nicht aufbewahrt.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher: 11 • 2096 • 3601.

Anzeigen-Tarif: Annahme von Ankündigungen bis nachm. 5 Uhr, Sonntags nur Marienstraße 38 von 11 bis ½1 Uhr. Die einspaltige Grundzeile (ca. 7 Silben) 25 Pf., Familien-Nachrichten aus Dresden 20 Pf.; geschäftliche Anzeigen auf der Textseite 30 Pf., die zweispaltige Zeile d. Textseite 60 Pf. Bei Nummern nach Sonn- u. Feiertagen: die einspaltige Grundzeile 30 Pf., auf Privatseite 40 Pf., Familien-Nachrichten a. Dresden 15 Pf. Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. — Jeder Beleg kostet extra 10 Pf.

Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.

Naumann Nähmaschinen — Hauptniederlage: Struvestrasse 9, — nahe — Prager Strasse

Oberstabsarzt Dr. Zieglers **Magentropfen**
Flasche 1 Mark 50 Pfennige. :-: Versand nach auswärts.
Königl. Hofapotheke, Dresden-A., Georgentor.

Elektr. Oefen.
Anschläge unentgeltlich.
Prompteste Bedienung.
Ebeling & Croener
Bankstrasse 11.

Reisekoffer, Reise-Artikel, Lederwaren. Adolf Näter. Grösstes Lederwaren-Spezialgeschäft 26 Prager Strasse 26.

Für eilige Leser.

Mutmaßliche Witterung: Warm, trocken.

Im Königl. Schauspielhause fand Oskar Wildes Schauspiel „Eine Frau ohne Bedeutung" sehr freundlichen Beifall.

In den deutsch-französischen Marokko-Verhandlungen sind bis auf die Frage der Konsulargerichtsbarkeit sämtliche strittige Punkte erledigt.

Die italienische Regierung hat an die Türkei ein scharfes Ultimatum gestellt und befriedigende Antwort binnen 24 Stunden gefordert.

Die Wirtschaftliche Kommission der Kolonialverwaltung trat zu ihrer ersten Tagung zusammen.

In Wien haben sich zwei Großbanken zur Linderung der Wohnungsnot vereinigt.

Marineminister Delcassé hat eine Untersuchung sämtlicher französischer Panzerschiffe auf ihren Pulverbestand hin angeordnet.

Die von dem Karlsbader Kaiser-Franz-Joseph-Denkmal hergestellten und an den Kaiser von Oesterreich und seine Tafelgäste überreichten Nachbildungen wurden auf Gerichtsbeschluß beschlagnahmt.

Der neue Mann in Petersburg.

Wladimir Nikolaiewitsch Kokowzow heißt der russische Staatsmann, der als Nachfolger des schmählich von verbrecherischem Wahnwitz dahingemordeten Stolypin dem neuen Kabinett seinen Namen gegeben hat. Kokowzow ist in der politischen Welt keine unbekannte Größe. Im Jahre 1896 wurde er von dem damaligen Finanzminister Witte als Gehilfe in dessen Ressort berufen und 1904 selbst zum Leiter der russischen Finanzen ernannt. Unmittelbar darauf mußte er seinen Abschied nehmen, weil Wittes Ehrgeiz ihn nicht länger neben sich duldete. Als Witte 1905 das erste konstitutionelle Kabinett in Rußland zustande brachte, hatte er nichts Eiligeres zu tun, als Herrn Kokowzow auszubooten, mit der einem Intimen gegenüber gegebenen bezeichnenden Begründung: „Der Mann ist mir zu klug." Kaum war aber Witte infolge seiner Unfähigkeit, die Revolution niederzuwerfen, in der Versenkung verschwunden, da erschien auch Kokowzow wieder auf der Bildfläche und führte in fünfjähriger, stiller Arbeit eine großzügige Reform der notleidenden Finanzen durch. Wenn alle die äußeren Prophezeiungen, die als Folge des Krieges mit Japan einen russischen Staatsbankrott an die Wand malten, nicht in Erfüllung gegangen sind, wenn im Gegenteil die russischen Finanzen seit jener großen Katastrophe in Ostasien einen erneuten Aufschwung in solchem Maße genommen haben, daß der Goldschatz in Petersburg um ein Erkleckliches vermehrt werden konnte, die Kurse der Anleihen in die Höhe gingen und die Staatsschuld eine Abnahme erfuhr, dann darf sich alle diese glänzenden Erfolge Herr Kokowzow auf seinem Habenkonto buchen. Der neue Mann hat also zweifellos ein voll gerüttelt und geschüttelt Maß von Verdiensten aufzuweisen, auf Grund dessen er jetzt das höchste Staatsamt in seinem Vaterlande mit einem guten Fonds von allgemeinem Vertrauen übernehmen konnte.

Freilich — ein anderes ist es, als Reorganisator der Finanzen in geräuschloser Tätigkeit hinter den Kulissen zu wirken, ein anderes, als Ministerpräsident die politischen Zügel zu führen und Staat und Gesellschaft gleichzeitig zu reformieren und gegen die heranbrandenden Wogen des revolutionären Terrorismus zu verteidigen. Was eigentlich Herr Kokowzow in politischer Hinsicht darstellt, wie sein Glaubensbekenntnis auf diesem Gebiete lautet, das richtig zu ergründen ist bisher noch keinem gelungen. Der neue russische Ministerpräsident hat es während seiner ganzen staatlichen Laufbahn verstanden, seine politischen Ueberzeugungen in seiner Brust mit sieben Siegeln zu verschließen, so daß heute, wo er die Leitung des Kabinetts übernommen hat, niemand weiß, was die Glocke geschlagen hat. Manche wollen aus der bisherigen politischen Zurückhaltung Kokowzows den Schluß ziehen, daß er Ueberzeugungen nach dieser Richtung überhaupt nicht besitze, sondern daß seine Stellung gegenüber den politischen Problemen lediglich in Auffassungen bestehe, die je nach Lage der Umstände von taktischen Rücksichten zu beeinflussen und deshalb sehr wandelbar seien. Andere wieder glauben, daß nicht uninteressierte Gleichgültigkeit, sondern kluge Berechnung ihn veranlaßt habe, sich auf dem politischen Gebiete das Ansehen einer rätselvollen Sphinx zu geben, und in der Tat dürfte angesichts des übereinstimmenden Urteils über die große Befähigung dieses Staatsmannes die letztere Meinung den Vorzug verdienen. Es ist unwahrscheinlich, daß ein Mann wie Kokowzow, der schon seit Jahren als aussichtsreichster Kandidat für die Ministerpräsidentschaft nach Stolypin genannt wurde, nach einem solchen Posten gestrebt und ihn übernommen haben sollte, ohne in sich das volle Rüstzeug zur Bewältigung einer derartigen Riesenaufgabe zu fühlen. Wer in Rußland den ungemessenen Anforderungen, die dort die Führung der Regierung an den leitenden Staatsmann stellt, gewachsen sein will, der muß in erster Linie über feste Grundsätze verfügen. Energieloses Schwanken, Zagen und Zaudern, schwächliches Tasten nach Kompromissen mit Richtungen und Elementen, denen schlechterdings im staatlichen Interesse keine Nachgiebigkeit entgegengebracht werden darf, alles das muß einem russischen Kabinettschef in der gegenwärtigen innerpolitischen Lage in kurzer Frist das Konzept so völlig verderben, daß er nicht mehr weiter kann. Man braucht nur auf das Beispiel Wittes hinzuweisen, um zu erkennen, wie rasch sich derartige unzulängliche Persönlichkeiten im Zarenreiche abwirtschaften. Herr Kokowzow gilt aber allgemein als ein so ausgezeichnet kluger Kopf, daß man ihm nicht gut zutrauen kann, er hätte sein verantwortliches Amt übernommen, ohne die dazu unbedingt erforderlichen grundsätzlichen Anschauungen mitzubringen, die genau die Grenzen zu ziehen wissen, an der jedes Entgegenkommen aufhört und nur die unerbittliche Staatsraison ihr Recht fordert.

Wenn am 28. Oktober die vierte und letzte Session der dritten Reichsduma beginnt, wird Herr Kokowzow wohl etwas Näheres über sein politisches Programm verlauten lassen. Einige Andeutungen darüber sind bereits von einem russischen Blatte in inspirierter Form gebracht worden. Danach ist an eine politische Kursänderung in einem nach westeuropäischen Begriffen „liberalen" Sinne nicht zu denken, was übrigens auch ganz selbstverständlich ist, da russische Verhältnisse nach russischer Art behandelt werden müssen. Es entspricht denn auch durchaus den für Rußland geltenden staatlichen Notwendigkeiten, daß Kokowzow Wert darauf legt, in der nachdrücklichen Betonung des russischen Nationalprinzips und in der besonderen Hervorhebung der bevorrechteten Stellung des Zarentums nicht von seinem Vorgänger abzuweichen. Immerhin tönt aber durch die Darlegungen des Petersburger Blattes, die auf den Ministerpräsidenten selbst zurückgeführt werden, insofern eine etwas veränderte Note, als ausdrücklich darauf hingewiesen wird, daß „der feste Boden für den Kampf gegen den revolutionären Terror in der immer nationaler sich gestaltenden Entwicklung der Volksvertretung zu suchen sei". Das bedeutet eine unverkennbare Unterstreichung des konstitutionellen Prinzips, aus der man wohl die Absicht des leitenden Staatsmannes herauslesen kann, gewisse Schärfen der Stolypinischen Regierungsmethode gegenüber der Volksvertretung künftig zu vermeiden. Dazu gehört allerdings als unerläßliche Voraussetzung, daß die Reichsduma durch ein fortgesetztes besonnenes Verhalten Herrn Kokowzow die praktische Betätigung seines guten konstitutionellen Willens möglich macht. Die Aussichten hierzu sind nicht schlecht, wenn die parteipolitische Gruppierung in der Reichsduma in der neuerdings eingeschlagenen Richtung einer Annäherung der Partei der Oktobristen an die Rechte sich weiter vollzieht. Auch auf dem Gebiete des Schulwesens läßt sich vielleicht ein Weg der Vermittlung zwischen den unerläßlichen Forderungen der Zucht und Ordnung und den berechtigten Interessen der reformatorischen Bestrebungen finden. Der verewigte Stolypin hatte in der letzten Zeit seiner Amtsführung über der Notwendigkeit, die revolutionären Elemente aus Schule und Universität mit eisernem Besen herauszukehren, die Erhaltung der Arbeitsfähigkeit der Unterrichtsinstitute allzusehr aus den Augen verloren. Der neue Mann würde sich zweifellos ein Verdienst um die geistigen Interessen des russischen Volkes erobern, wenn er hier nach dem Rechten sähe und an Stelle des gar zu summarischen bisherigen Verfahrens ein anderes setzte, das bei aller notwendigen Strenge doch auch gleichzeitig auf die Schaffung von Verhältnissen Wert legt, die eine gedeihliche Fortführung des Unterrichts ermöglichen und die Befriedigung des Bildungs- und Erziehungsbedürfnisses in genügendem Maße gestatten. In der Nationalitätenfrage darf man sich gleichfalls von Herrn Kokowzow einer weniger schroffen Stellungnahme gegenüber den „Fremdstämmigen" versehen, soweit diese von zweifellos guter russischer Gesinnung beseelt und wirtschaftlich dem russischen Reiche von Nutzen sind. Beide Bedingungen treffen im vollen Maße auf die deutschen Kolonisten im Zarenreiche zu, die von Stolypin hart bedrängt wurden. Der neue Mann hat in seiner Tätigkeit als Finanzminister genaue Einsicht in die großen Vorteile gewonnen, die gerade die hervorragende wirtschaftliche Tüchtigkeit der Deutschen in Rußland dem Staate gebracht hat, und die Annahme erscheint daher nicht unberechtigt, daß Kokowzow den Deutschen gegenüber eine größere Verträglichkeit an den Tag legen werde, als sie Stolypin eigen war.

Alles in allem scheint also der innerrussischen Politik unter Herrn Kokowzow das Horoskop dahin gestellt werden zu können daß der streng nationalrussische Charakter der gesamten Regierungstätigkeit grundsätzlich keinerlei Veränderung erleidet, daß aber die übermäßigen Härten in der Stolypinischen Methode soweit als möglich ausgeglichen werden sollen. Besonders gespannt darf man darauf sein, wie sich der jetzige Ministerpräsident zu der Frage einer gründlichen Reorganisation der Bureaukratie stellen wird, die durch die schlimmen Enthüllungen über die Zustände in der Kiewer Polizei aus Anlaß der Ermordung Stolypins mit neuen, grellen Schlaglichtern beleuchtet wird.

Tripolis.

Italienisches Ultimatum.

Der italienische Minister des Auswärtigen Marchese di San Giuliano hat in der Nacht zum 27. September an den italienischen Geschäftsträger in Konstantinopel folgende Depesche gerichtet, von der er auch dem ottomanischen Geschäftsträger in Rom Mitteilung machte:

„Während einer langen Reihe von Jahren hat die italienische Regierung niemals aufgehört, der Pforte vorzustellen, daß es absolut notwendig sei, dem Zustande der Unordnung und Vernachlässigung, in dem Tripolis und Cyrenaika von der Türkei gelassen wurden, ein Ende zu machen, und daß diese Gegenden der gleichen Wohltaten des Fortschritts wie die übrigen Teile Nordafrikas teilhaftig würden. Ein solcher Wechsel, der sich auf die allgemeinen Forderungen der Zivilisation gründet, stellt für Italien ein vitales Interesse erster Ordnung dar angesichts der geringen Entfernung, die diese Gegenden von den italienischen Küsten trennt. Obwohl die italienische Regierung immer in loyaler Weise ihre Unterstützung der kaiserlichen Regierung in verschiedenen politischen Fragen der letzten Zeit hat angedeihen lassen, trotz der Mäßigung und Geduld, welche die italienische Regierung bis heute bewiesen hat, sind nicht nur ihre Absichten betr. Tripolis von der kaiserlichen Regierung mißdeutet worden, sondern, was mehr ist, jedes italienische Unternehmen in den obenerwähnten Gebieten ist beständig einer systematischen, höchst hartnäckigen und unberechtigten Opposition begegnet. Die kaiserliche Regierung, die bis heute beständig ihre feindselige Gesinnung gegen jede legitime Wirksamkeit von italienischer Seite in Tripolis und Cyrenaika an den Tag gelegt hat, hat dann neuerdings durch einen in letzter Stunde unternommenen Schritt der konsularischen Regierung eine Verständigung vorgeschlagen, indem sie sich bereit erklärte, jedes mit den bestehenden Verträgen und mit der Würde und den höheren Interessen der Türkei zu vereinbarende wirtschaftliche Zugeständnis zu bewilligen. Aber die königliche Regierung sieht sich nicht mehr in der Lage, jetzt Verhandlungen anzuknüpfen, deren Nutzlosigkeit die Vergangenheit erwiesen hat und die weit davon entfernt, eine Garantie für die Zukunft zu bieten, nur eine beständige Ursache von Reibungen und Konflikten sein würden. Anderseits stellen die Nachrichten, die die königliche Regierung von ihren Konsularagenten in Tripolis und Cyrenaika erhält, die Lage als außerordentlich ernst dar infolge der Bewegung gegen die italienischen Untertanen, die augenscheinlich von Beamten und anderen behördlichen Organen hervorgerufen worden ist. Diese Bewegung bildet eine große Gefahr nicht nur für die Italiener, sondern auch für die Fremden jeder Nationalität, die mit Recht beunruhigt und besorgt um ihre Sicherheit sind und Tripolis zu verlassen anfangen. Die Ankunft von Militärtransporten in Tripolis, auf deren ernste Folgen die italienische Regierung die ottomanische vorher aufmerksam zu machen nicht verfehlt hat, kann nur die Lage verschlimmern und legt der königlichen Regierung die unbedingte Verpflichtung auf, den daraus drohenden Gefahren vorzubeugen. Die italienische Regierung, die sich gezwungen sieht, von nun an an den Schutz ihrer Würde und ihrer Interessen zu denken, ist entschlossen, zu einer militärischen Besetzung von Tripolis und Cyrenaika zu schreiten. Diese Lösung ist die einzige, die für Italien in Betracht kommt. Die kaiserliche Regierung möge demzufolge Anordnungen treffen, daß dieser Schritt bei dem gegenwärtigen diplomatischen Vertreter in Tripolis auf keinen Widerstand stoße, und